

Wohnungsgeberbestätigung zur Vorlage bei der Meldebehörde

(§ 19 Bundesmeldegesetz (BMG))

Auszug aus § 19 Abs. 1 Satz 1 und 2 BMG
Mitwirkung des Wohnungsgebers (1) Der
Wohnungsgeber ist verpflichtet, bei der An- oder Abmeldung mitzuwirken. Hierzu hat
der Wohnungsgeber oder eine von ihm beauftragte Person der meldepflichtigen
Person den Ein- oder Auszug schriftlich oder elektronisch innerhalb der in § 17 Abs. 1
oder 2 genannten Fristen (2 Wochen) zu bestätigen.

Angaben zum Wohnungsgeber

Familienname/Vorname oder
Bezeichnung bei einer juristischen Person: _____

PLZ/Ort: _____

Straße/Hausnummer/ Adressierungszusätze: _____

- Der Wohnungsgeber ist gleichzeitig Eigentümer der Wohnung oder
- Der Wohnungsgeber ist nicht Eigentümer der Wohnung. Der Name und die Anschrift des Eigentümers lauten:

Familienname/Vorname oder
Bezeichnung bei einer juristischen Person: _____

PLZ/Ort: _____

Straße/Hausnummer/ Adressierungszusätze: _____

Anschrift der Wohnung in die eingezogen oder aus der ausgezogen wird:

PLZ/Ort: _____

Straße und Hausnummer: _____

Zusatzangaben (z.B. Stockwerks- oder Wohnungsnummer) _____

In die oben genannte Wohnung ist/sind am _____ folgende Person/en eingezogen
Datum Ein-/Auszug ausgezogen

Folgende Person/en ist/sind in die angegebene Wohnung ein- bzw. ausgezogen:

| | |
|---------------------|----------------|
| Familienname: _____ | Vorname: _____ |
| Familienname: _____ | Vorname: _____ |
| Familienname: _____ | Vorname: _____ |
| Familienname: _____ | Vorname: _____ |
| Familienname: _____ | Vorname: _____ |

weitere Personen siehe Rückseite

Ich bestätige mit meiner Unterschrift den Ein- bzw. Auszug der oben genannten Person(en) in die oben bezeichnete Wohnung und dass ich als Wohnungsgeber oder als beauftragte Person diese Bescheinigung ausstellen darf.
Ich habe davon Kenntnis genommen, dass ich ordnungswidrig handle, wenn ich hierzu nicht berechtigt bin und dass es verboten ist, eine Wohnanschrift für eine Anmeldung eines Wohnsitzes einem Dritten anzubieten oder zur Verfügung zu stellen, obwohl ein tatsächlicher Bezug der Wohnung durch einen Dritten weder statt findet noch beabsichtigt ist.
Ein Verstoß gegen dieses Verbot stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000 Euro geahndet werden. Das Unterlassen einer Bestätigung des Ein- oder Auszugs sowie die falsche oder nicht rechtzeitige Bestätigung des Ein- oder Auszugs können als Ordnungswidrigkeiten mit Geldbußen bis zu 1000 Euro geahndet werden.

Datum _____ Unterschrift des Wohnungsgebers oder des Wohnungseigentümers _____